



Rede zum Haushalt der Stadt Siegburg 2017

gehalten von Frank Sauerzweig, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Einleitung:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Die wichtigste Botschaft vorab:

„Der Etatentwurf ist über alle Jahre des Planungszeitraums strukturell ausgeglichen, es werden Überschüsse mit steigender Tendenz erwirtschaftet. Erfreulich und in heutigen Zeiten keineswegs eine Normalität.“

Soweit der Bürgermeister und sein Kämmerer zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2017. Und es kam sogar noch besser, hauptsächlich durch einen positiven Einmaleffekt bei der Gewerbesteuer, verbesserte sich der Haushaltsüberschuss (für 2016) auf rund 5 Mio. €. Das bedeutet einen erfreulichen Spielraum für den städtischen Haushalt. Oder Becker und Peter, das Jubel-Jürgenduet, in Ihrer Pressekonferenz:

„Das hat's noch nie gegeben. Der laufende Etat schließt mit einem Überschuss ab. Die konsolidierte Finanzsituation ist dem klugen, besonnenen, einfallsreichen Finanzmanagement der Stadt zu verdanken.“

Na dann ist doch alles in bester Ordnung?! Oder?

Meine Damen und Herren,

zunächst einmal ist die Einschätzung der Koalitionäre über ein „kluges, besonnenes, einfallsreiches Finanzmanagement der Stadt“ eine reine Provokation für unsere Mitbürger, die seit 2 Jahren finanziell unter Ihrer wahnsinnigen Klugheit leiden müssen, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Und: Wer weiterhin für die Planungsjahre 2017 bis 2020 von „einem strukturell dauerhaft ausgeglichen Haushalt“ spricht, unterschlägt zumindest den wahren Hintergrund dieser Entwicklung.



Dieser Ausgleich wurde durch Ihre beispiellose Bürgerbelastungspolitik aus 2015 ermöglicht und von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt teuer erkaufte. Sie nun hier hin zu stellen und als die Retter der Siegburger Finanzen aufzuspielen, setzt auf das Vergessen der wahren Hintergründe und ist einfach nur dreist.

Die SPD-Fraktion wird nicht akzeptieren, dass sich CDU und FDP erneut mit einem ausgeglichenen Haushalt brüsten und dafür die Bürger weiter bluten lassen. Wir bleiben dabei: Erstes und wichtigstes Ziel ist es, die unsoziale Belastung der Siegburger, besonders durch Grundsteuer- und Wassergebührenerhöhung, wieder zurückzufahren.

Eigene Anträge / Steuerentlastungspolitik

Wahre Bürgerentlastung: Grundsteuersenkung

Als einzige Fraktion fordert die SPD nach wie vor konsequent eine Rücknahme der exorbitanten Erhöhung der Grundsteuer B in dem Maße, wie es die finanzielle Situation der Stadt zulässt. Das Alleinstellungsmerkmal meiner Fraktion begründe ich an dieser Stelle durch die wiederholte Beantragung der Grundsteuersenkung und unsere exklusive Position gegen die Grundsteuererhöhung.

Das ist konsequent, meine Damen und Herren!

Wir halten an dem Ziel fest, bis zum Jahr 2020 die Grundsteuer möglichst wieder auf das Niveau von 2014, also vor der letzten Kommunalwahl, zurückzuführen. Konkret beantragen wir ab dem Jahr 2017, den Steuerhebesatz für die Grundsteuer B dauerhaft und durchfinanziert von 790 Punkten um 140 Punkte auf dann 650 Punkte zu senken.

Finanzierung Steuersenkung

Wie ist das zu finanzieren?

Aus heutiger Sicht ist diese Senkung der Grundsteuer B für 2017 und die Folgejahre solide im Haushalt begründbar. Die Steuersenkung sorgt im städtischen Haushalt jährlich für eine Mindereinnahme von rund 2,1 Mio. €. In 2017 werden die Mindereinnahmen durch den nun in vollem Ausmaß deutlich gewordenen Haushaltsüberschuss kompensiert.



Für die Folgejahre fordern wir zur Durchfinanzierung der Mindereinnahmen eine dauerhafte Beibehaltung des für 2016 und 2017 auf 1,1 Mio. € festgeschriebenen Zuschusses der Stadt für die Stadtbetriebe Siegburg AöR. An dieser Stelle spart die Stadt jährlich 2,1 Mio. €, die wir für die Reduzierung der Grundsteuer B und somit für eine deutlich spürbare Bürgerentlastung einsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick:

Ein entscheidender Bestandteil der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen von 2015 war eine Reduzierung des städtischen Zuschusses an die Stadtbetriebe AöR auf 1,1 Mio. € für die Jahre bis einschließlich 2017.

Ganz offensichtlich waren Verwaltung und die CDU/FDP-Koalition davon überzeugt, dass dies realistisch ist und dass es der AöR möglich sein würde, ihren Haushalt so zu verändern, dass kein höherer Fehlbetrag als 1,1 Mio. € entstehen würde. Die entsprechenden Entscheidungen wurden ja auch schließlich mit Koalitionsmehrheit getroffen!

Und: Diese Entscheidung deckte sich insbesondere deshalb auch in großen Teilen mit unserer Auffassung, weil wir schon seit Jahren gefordert haben, die immensen Ausgaben im Kulturbereich, der einen wesentlichen Teil der Verluste in der AöR verursacht, zu reduzieren.

Sollte die AöR ihre Haushaltsführung nicht auf den verringerten Zuschuss der Stadt abgestellt haben, weil man stillschweigend davon ausging, dass die Stadt doch wieder einen höheren Fehlbetrag abdecken würde, sobald der städtische Haushalt dies zuließe?

Meine Damen und Herren, dann wäre das eine klare Täuschung von Politik und Bürgerschaft. Wir jedenfalls gehen davon aus, dass die AöR auch auf Dauer mit einem Zuschuss von 1,1 Mio. € auskommen kann (und muss!). Und dies muss vor allem vor dem Hintergrund der Stadtwerkegründung auch möglich sein.

Durch den steuerlichen Querverbund ist schließlich davon auszugehen, dass ab dem zweiten Halbjahr 2017 mit einer erheblichen Ergebnisverbesserung im siebenstelligen Bereich zu rechnen ist.



Aber eines ist auch klar: An dieser Stelle dürfen wir nicht stehenbleiben, hier müssen weitere Chancen durch den Betrieb und die Zusammenarbeit mit Unternehmen, oder beispielsweise den Verkauf von Wärme und Energie genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die AÖR auf, Ihren Laden in den Griff zu bekommen und eine aktive Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Das bedeutet nichts anderes, als durch Einnahmenverbesserungen und Ausgabenreduzierung nach den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit einen Haushalt vorzulegen, der dauerhaft mit einem städtischen Zuschuss von 1,1 Mio. € auskommt.

Dem Verwaltungsrat der Stadtbetriebe muss ein Konzept vorgelegt werden, wie auf der einen Seite (kulturelle) Angebote und Leistungen auf das, was notwendig und wirtschaftlich vernünftig ist, beschränkt werden und auf der anderen Seite die einzelnen Betriebsteile optimiert und Synergien besser genutzt werden.

Sowohl beim Hotelbetrieb als auch bei der Rhein-Sieg-Halle werden durch Investitionen die Voraussetzungen geschaffen, neue Kunden zu erschließen und höhere Einnahmen zu erzielen. Diese Möglichkeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

Wir wollen ein Zeichen setzen. Es wird Zeit für eine vertragliche Festlegung der Sparsamkeit innerhalb der Stadtbetriebe AÖR, die Bestand hat.

Dass Sie sich, meine Damen und Herren der CDU, an dieser Stelle so erregen und wehren, ist doch auch für uns offensichtlich und aus Ihrer Sicht auch nachvollziehbar. Geht Ihnen doch eine Möglichkeit verloren, Gelder je nach Belieben zwischen Stadt und den Stadtbetrieben hin und her zu schieben.

Es entsteht deutlich der Eindruck der Willkürlichkeit, wenn Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, bereits nach kurzer Zeit die von Ihnen beschlossenen Einsparungen in der AÖR durch frisches Geld ad absurdum führen. Mit verantwortungsbewusster Haushaltsführung hat das aber auch gar nichts mehr zu tun!

Dies ist aber auch eine Konsequenz daraus, dass mit der Gründung der Stadtbetriebe dem Stadtrat und seinen Ausschüssen immer mehr Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten genommen wurden und das Verwaltungshandeln immer weniger transparent und auch für die Bürger schwieriger nachvollziehbar geworden ist.

Wir haben befürchtet und frühzeitig darauf hingewiesen, dass Sie das rechtliche Konstrukt der Stadtbetriebe für Ihre Zwecke als Verschiebeparkplatz städtischer Finanzen missbrauchen werden.



Und genauso ist es auch gekommen. Das sind Taschenspielertricks, meine Damen und Herren, und so fördert man mit Sicherheit Politikverdrossenheit und Misstrauen!

Senkung von Wasser- und Niederschlagsgebühren

Meine Damen und Herren,

wir gehen noch einen Schritt weiter, denn auch die Wassergebühren tragen zu der starken finanziellen Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger bei. Die SPD-Fraktion fordert eine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr um zehn Cent und eine Senkung des Wasserpreises um 25 Cent pro Kubikmeter.

Beides ist nicht nur möglich, sondern in unseren Augen auch selbstverständlich nötig!

Im Bereich des Wassers sinken die Ausgaben um gut 500.000 € und diese Ersparnis will meine Fraktion - anders als die CDU, die nur eine Senkung um 10 cent/m³ fordert - komplett über eine Senkung des Wasserpreises von 25 cent/m³ an die Bürger weitergeben.

So sieht konsequente Bürgerentlastung aus, meine Damen und Herren.

Wir wehren uns an dieser Stelle mit unserer Forderung auch gegen Ihre Strategie nach dem Gesamtdeckungsprinzip, mit den Einnahmen aus den Wassergebühren nicht nur die anfallenden Kosten für diesen Bereich, sondern vielmehr auch andere Aufgaben der AöR, zum Beispiel die Kultur, durch eine ungerechtfertigt hohe Belastung der Bürgerinnen und Bürger mitzufinanzieren. Die Zulässigkeit steht hierbei außer Frage. Wir kritisieren die Verhältnismäßigkeit und die fehlende Transparenz!

Wohl gemerkt, die SPD-Fraktion gibt lediglich die Haushaltsverbesserungen in den Bereichen Niederschlags- und Wassergebühren in voller Höhe an die Bürgerinnen und Bürger weiter. Wir verschlechtern also nicht die Haushaltssituation der Stadtbetriebe AöR und bewegen uns im Rahmen der festgelegten Planzahlen. Auch das ist verantwortungsvoll und konsequent!

Die SPD hat im Gegensatz zu CDU und FDP den Anspruch jede Möglichkeit zur Bürgerentlastung zu nutzen und jede Ersparnis bei den Kosten vollständig, in diesem Fall also im Wasserbereich, an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt weiter zu geben.



Ich hätte an dieser Stelle zumindest erwartet, dass die Ratsmehrheit aus CDU und FDP mal erklärt, warum Sie hierzu nicht bereit ist. Bei Ihrer nicht einmal halbherzigen Herangehensweise an die Wassergebühren von Bürgerentlastung zu reden ist eine Frechheit. Und das wird auch so von den Menschen wahrgenommen.

Und Herr Peter: Sie sollten sich mal nicht zu sicher sein, dass sich „die ganze Aufregung“ nach Ihrer Steuer- und Gebührenerhöhungsorgie gelegt hat (Zitat Pressekonferenz). Die Bürgerinnen und Bürger wissen ganz genau, wer Ihnen das eingebrockt hat und Sie bekommen auch ganz genau mit, dass Sie nicht bereit sind Ihren Irrweg der Bürgerbelastung zu verlassen.

Der von uns vorgeschlagene Weg zur Bürgerentlastung über Steuer- und Gebührensenkungen oder auch die Beitragsfreiheit für OGS für Einkommen unter 20.000 € ist ein erster Schritt und vor allem auch ein deutliches Signal nach außen und untermauert zudem unseren Anspruch, dass wir die unsoziale CDU/FDP-Bürgerbelastungspolitik rückgängig machen wollen.

Wahre Bürgerentlastung ist eben nur echt im Original. Eine nennenswerte Entlastung der Bürger gibt es jedenfalls nur mit der SPD.

Eigene Anträge

Neben der deutlichen Bürgerentlastung wollen wir aber auch politisch gestalten und uns für die kommenden Haushalte der Stadt finanzielle Spielräume erhalten, um die verfehlte Finanzpolitik der CDU zu reparieren.

Im Einzelnen fordern wir:

Investitionsstau Instandsetzung/Instandhaltung

Ein neutrales Gutachten, in dem die Mängel am städtischen Vermögen aufgelistet werden und verbindlich festgelegt wird, welche Mittel jährlich erforderlich sein werden, um Straßen und Gebäude in einen ordentlichen Zustand zu versetzen und auch in diesem zu erhalten.



Investitionen in Instandsetzung und Instandhaltung städtischer Immobilien und Straßen wurden von der CDU in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Investitionsstau und ein zunehmender spürbarer Verfall sind die Folge.

Die SPD-Fraktion will nach einer entsprechenden Bestandsaufnahme die Instandsetzung systematisch angehen und die Bürgerinnen und Bürger bei der Abfolge der Maßnahmen mit einbeziehen.

Siegburg ist nach wie vor geprägt durch hohe Mieten und knappen **Wohnraum**, der besonders preiswert ist. Hier hat die Mehrheit in den letzten Jahrzehnten stets die Politik verfolgt, hauptsächlich Wohnungen für Menschen mit genug Geld zu bauen. Preiswerter Wohnraum allgemein und Sozialwohnungen wurden vernachlässigt.

Dies wollen wir ändern!

Wir haben deshalb (unter Leitung meines Stellvertreters Michael Keller) ein umfassendes Konzept zum Wohnungsbau entwickelt, das im Sommer der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Für Teile dieses Konzeptes haben wir gefordert, dass sie Bestandteil des sogenannten „Integrierten Handlungskonzeptes“ werden. Dieses legt die städtebauliche Entwicklung des Innenstadtbereiches fest und für uns ist es selbstverständlich, dass auch gerade in der Innenstadt preiswerter Wohnraum geschaffen werden muss.

Wohnraumaktivierung

In diesem Zusammenhang können wir einen weiteren bedeutenden Aspekt sofort angehen: Es gibt eine Menge Grundstücke und Gebäude in der Stadt, die besser genutzt oder ausgebaut werden könnten, so dass dort neuer Wohnraum entsteht.

Deshalb fordern wir für den Haushalt 2017 und 2018, jeweils einen Betrag von 100.000 € einzustellen, um damit ein Architektur- oder Ingenieurbüro zu beauftragen, das die entsprechenden Immobilien in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer daraufhin prüft, wo Hindernisse für einen Ausbau liegen und Wege aufzeigt, wie neuer Wohnraum geschaffen werden kann.

Dies ist auch deshalb ein sinnvoller Weg, weil für den so gewonnenen Wohnraum die komplette Infrastruktur schon vorhanden ist, was sich günstig auf die Mieten auswirken und keine neuen Flächen verbrauchen würde.



Mietspiegel

Ein wichtiges Instrument für Transparenz auf dem Wohnungsmarkt und zur Verhinderung von Mietwucher ist ein offizieller städtischer Mietspiegel. Dieser ist jedoch nur verbindlich und auch vor Gericht nutzbar, wenn er aktuell ist.

Der Mietspiegel der Stadt Siegburg ist aus dem Jahr 2008, also so veraltet, dass er völlig unbrauchbar ist. Hier fordern wir, 20.000 € für die Erstellung eines neuen Mietspiegels in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen von Mietern und Eigentümern bereit zu stellen.

Schulsozialarbeit (soziale Instandsetzung)

Meine Damen und Herren,

wir haben auch unsere Schulen im Blick. Wir nehmen einerseits Bund und Land in die Pflicht, ausreichende finanzielle Mittel für die Bereitstellung einer flächendeckenden und langfristig gesicherten Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Kurzfristig dürfen wir vor der Situation an unseren weiterführenden Schulen, die von den Schulleitern sehr eindringlich dargestellt wurde, nicht die Augen verschließen. Nur auf andere zeigen und sich selbst weg ducken ist eben allzu durchschaubar und zu wenig, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Für das was uns wichtig und für unsere Schulen dringend notwendig ist, müssen wir Verantwortung übernehmen und hierfür auch selbst Geld in die Hand nehmen. Die SPD-Fraktion beantragt daher eine Schulsozialarbeiterstelle in den Haushalt einzustellen. Bei hälftiger Beteiligung der Schulen, könnten so zwei Schulsozialarbeiterstellen eingerichtet werden. Die dritte Stelle muss dann 2018, dann hoffentlich voll finanziert durch Bund und Land, folgen.

CDU und FDP haben im vergangenen Schulausschuss zum wiederholten Mal bewiesen, dass Sie es an dieser Stelle nicht ernst meinen. Schuldzuweisungen, Scheingefechte, Untätigkeit. Sie verrennen sich in Ablenkungsmanövern, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Was für ein unwürdiges Schauspiel im Schulausschuss: Erst spannen Sie die Schulleiter für Ihre Propaganda ein, die schildern die Situation noch dramatischer als erwartet und dann legen Sie die Hände in den Schoß und sagen „Ätschibätsch, ihr kriegt aber nichts!



Nur um populistisch auf das Land zeigen zu können. Nicht, weil Sie wirklich helfen wollten.

Sie ducken sich weg, meine Damen und Herren der Mehrheitskoalition. Aber stattdessen gibt es ja bald wieder eine funktionierende Webkamera auf dem Markt! So sieht also verantwortungsbewusste und bürgernahe Politik al la CDU also aus! Bravo!

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

offene Jugendarbeit erfährt genauso wie die Schulsozialarbeit in den vergangenen Jahren eine immer größere Bedeutung. Dabei geht es um weit mehr als um Spielen und Spaß haben.

In einem Jugendzentrum oder bei den Angeboten der mobilen Jugendarbeit finden Jugendliche oft die Möglichkeiten der Beratung, die sie in Schule oder zu Hause nicht finden.

Die offenen und niederschweligen Angebote sind für manche jungen Menschen in einigen besonderen Lebenssituationen genau die Hilfe, die sie brauchen. Deshalb müssen wir genau hinschauen, was in diesem Bereich noch gebraucht wird.

Vor diesem Hintergrund sind wir für die zusätzlichen Fachkräftestunden im Kulturcafé.

Aus unserer Sicht fehlen aber gerade für Jugendliche aus Kaldauen, Stallberg und den Höhenorten die notwendigen Angebote vor Ort. Hier wollen wir Abhilfe schaffen und sind deshalb froh, dass es gelungen ist, ein breites Bündnis im Jugendhilfeausschuss zu bilden.

Sollten die finanziellen Mittel dafür vorhanden sein, dann soll in Kaldauen auf dem ehemaligen Kirmesplatz ein „Haus der Begegnung“ entstehen. Hinter dem notwendigen neuen Feuerwehrgerätehaus an der Hauptstraße und einer neuen Kindertagesstätte könnten dann verschiedene soziale Angebote für junge und ältere Menschen ein Zuhause finden. Hier wäre dann auch Platz für die offene Jugendarbeit in Form eines Jugendzentrums.

An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei unserem stellvertretenden Bürgermeister Stefan Rosemann, der für uns die gemeinsamen Beratungen geführt hat und bei allen beteiligten Fraktionen, die am Zustandekommen des gemeinsamen Antrags mitgewirkt und dabei auf eigene Profilierung verzichtet haben.



Stadionsanierung

Die Stadionsanierung tragen wir mit. Dabei wollen wir aber die bestmögliche und wirtschaftlichste Lösung. Neben einer Einbeziehung des Sachverständes der Vereine heißt das für uns auch, dass die Frage des Standortes überprüft noch einmal in alle Überlegungen mit einbezogen wird.

Die Sanierung wird ja so umfassend sein, dass von Laufbahn und Rasen nichts mehr übrig bleiben wird. Da macht es für uns Sinn, zu prüfen, ob diese Anlage nicht beispielsweise auf dem Seidenberg, vielleicht in Zusammenhang mit einem eventuellen Schulneubau gebaut, werden kann.

Dadurch hätte die neue Schule eine hervorragende Sportanlage vor der Tür und die nicht mehr benötigten Flächen an der Bernhardstraße stünden für Wohnungsbau zur Verfügung und könnten zu einem hohen Preis verkauft werden.

Es macht zumindest Sinn das mal zu prüfen.

Die SPD ist für die Einrichtung der Kinderfeuerwehr und die Sicherstellung der Weiberfastnachtsparty auf dem Marktplatz. Ebenso haben wir Mittel für die Instandsetzung des Wegekreuzes an der Kindertagesstätte „Purzelbaum“ in Braschoß in den Haushalt eingestellt.

Außerdem folgt die SPD-Fraktion dem Bürgerantrag zur vollen Auszahlung der Trägeranteile an Kindertagesstätten.

Und meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es im Siegburger Stadtgebiet Möglichkeiten zur Errichtung von weiteren Sitzgelegenheiten gibt.

Mit der Einstellung der entsprechenden Mittel kommen wir einem Anliegen von älteren und gehbeeinträchtigten Mitbürgern nach, für die zum Beispiel der Fußweg von der Innenstadt zur Nordstadt ohne entsprechende Möglichkeiten des Ausruhens zu beschwerlich ist.

Die Errichtung weiterer Sitzgelegenheiten, auch in anderen Stadtteilen, würde die Mobilität dieser Personengruppe stark unterstützen.



Meine Damen und Herren,

wir laden Sie ein, diesen Weg mitzugehen. Aber das scheint für Sie heute noch zu früh zu sein.

Aber ich verrate Ihnen was: Sie werden unseren Weg mitgehen, meine Damen und Herren von CDU und FDP! Sie wollen sich aber heute noch nicht dazu bekennen, weil der Effekt kurz vor den Kommunalwahlen doch viel verlockender erscheint.

Also sage ich es Ihnen heute bereits voraus:

Die Senkung der Grundsteuer B wird kommen. Den Zeitpunkt und den Umfang bestimmt die Koalition aus CDU/FDP. Bis dahin bleibt es bei der enormen Bürgerbelastung und bis dahin bleibt es bei einer Finanzpolitik ohne Augenmaß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die SPD Siegburg ist sich sicher: Es gibt noch viele wünschenswerte Projekte und Vorhaben. Es muss aber vorrangiges Ziel bleiben, einen konsolidierten Haushalt mit verträglichen Steuern und Gebühren zu erreichen.

Wo es notwendig und wirtschaftlich sinnvoll ist, muss investiert werden. Diese Haushaltsführung mit Verstand und dem Blick auf die Menschen in Siegburg werden wir auch in den kommenden Jahren so fortsetzen.

Wir sind optimistisch, dass wir mittelfristig sowohl die Entlastung der Bürger, die Konsolidierung des Haushaltes und auch die politische Gestaltung anhand der Anforderungen der Zukunft realisieren werden.

Die SPD bleibt auch weiterhin ein verlässlicher Partner der Bürger. Messen Sie uns an diesen, an unseren Zielen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige Worte des Dankes und der Anerkennung.

Wir leben in Zeiten voller gesellschaftlicher Herausforderungen, die uns finanziell aber vor allem auch im Bereich des Humankapitals an die Grenzen der Belastbarkeit bringen.



Ich möchte der Landesregierung danken, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation ihre Hausaufgaben gemacht hat und ihrer Verantwortung für die Kommunen gerecht geworden ist. Nicht mehr und nicht weniger!

Vor allem aber bin ich stolz darauf, dass die politischen Parteien zusammen arbeiten können und Schulter an Schulter stehen, wenn es wirklich darauf ankommt.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich heute Abend für den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedanken, weil ich weiß, was sie momentan in Doppel- und Dreifachbelastung, weit über das normale Maß hinaus, leisten. Ohne Ihre Arbeit, ohne Ihren unermüdlichen Einsatz wäre eine humanitäre Versorgung und Aufnahme der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft nicht möglich. Durch Ihren Einsatz geben Sie Orientierung und sind Vorbild für uns alle.

Danke an alle ehrenamtlichen Helfer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Danke für Ihren beispielgebenden Einsatz. Passen Sie auf sich auf!

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!